

**Auszug aus der Niederschrift
Sitzung des Schulausschusses vom 02.07.2026**

**3.4 Genehmigung der Neufassung der Satzung der Stadt Oberhausen über die Durchführung der Ferienangebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich und die Erhebung von Elternbeiträgen vom 01.09.2026.
B/18/1051**

ohne Votum vorberaten

Frau Horn (SPD) meldet Beratungsbedarf an. Sie erläutert, aus BUT-Mitteln können Schüler*innen pro Monat 15 Euro für Freizeit- oder Sportangebote verausgaben. Der Betrag für die Ferienangebote liege bereits darüber.

Herr Mulia (Linke.Liste) schlägt vor, das Jobcenter könne einen höheren Zuschuss in die Ferienangebote geben. So müsste der Beitrag für die Ferienangebote nicht von der MyCard abgezogen werden.

Herr Mulia kritisiert, dass die Angebote auf eine bestimmte Zeit innerhalb der Ferien begrenzt seien. Er fragt, wieso es der Verwaltung nicht gelänge, eine Betreuung für die gesamten Ferien anzubieten und schlägt eine Einteilung in die erste und zweite Ferienhälfte vor.

Frau Barzel (Bereichsleitung Schule) erklärt, die Ganztagsbetreuung in den Ferien hänge von den Trägern, dem zur Verfügung stehenden Personal, 29 Grundschulstandorten, und den Elternbedarfen ab. Die Planung sei daher sehr komplex (Sozialraumabdeckung, Verlässlichkeit, Baumaßnahmen an Schulen, die dazu führten, dass gar keine Angebote durchgeführt werden können etc.).

Im Rahmen des Qualitätszirkels sei man im kontinuierlichen Austausch mit den Trägern und Schulen, um ein bedarfsgerechtes Ferienangebot sicherzustellen.

Frau Schiller (Grüne X Partei) erkundigt sich, wieso die Beiträge nicht nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt seien und meldet Beratungsbedarf an.

Der Schulausschuss berät die Drucksache ohne Votum vor.
